Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. EZB
2. Der demografische Wandel – eine Gefahr für unseren Wohlstand?
3. „Unsere Demokratie wird von Reichen bestimmt"
4. Sozialpolitische Chronik
5. Thomas Fricke – Auch mal Geld von den Griechen
6. Allianz verdient am Vermögen
7. Ende eines deutschen (Rendite-)Traums
8. Daron Acemoglu über den Euro, ineffiziente Staaten und die Fehler der deutschen Politik
9. EZB-Chef: Ombudsmann prüft Draghis Lobby-Mitgliedschaft
10. "Umfairteilen – Reichtum besteuern!" – Neues Aktionsbündnis fordert Reichensteuer
11. Bündnis Umfairteilen: Zivilgesellschaft fordert stärkere Besteuerung von Reichtum und ruft zu bundesweitem Aktionstag am 29. September auf
12. Goldman Sachs to invest $9.6m in New York inmate rehabilitation
13. Eine Umfrage – und was daraus wird…
14. Ich habe heute leider kein AAA für dich
15. Das Allerletzte: Henryk M. Broder: Nordeuropa arbeitet – und muss für den Süden zahlen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **EZB**
   a. **Wie "Super Mario" die Falken isloiert hat**
   Nur die Bundesbank war gegen seine Linie
   Es gab nur eine Stimme gegen den unbegrenzten Aufkauf von Anleihen mit kurzer Laufzeit […]
   Draghi, der von den deutschen Medien als "Spielball der Märkte und Politik" beschrieben wird, hat den EZB-Rat davon überzeugt, über den Vorschlag abzustimmen, sich für den unbegrenzten Aufkauf von Anleihen mit kurzfristiger Laufzeit bereitzuhalten. Nur ein einziges Mitglied, der Bundesbankpräsident Jens

Weidmann, hat dagegen gestimmt. Ein Nein, dem sich der zweite deutsche Vertreter, Jörg Asmussen, […] aber nicht anschloss. Die Spaltung zwischen Falken und Tauben, die Deutschland und den Rest Europas in Unruhe versetzt, ist also bis ins Herz der deutschen Vertretung im Eurotower angekommen […]
Quelle: La Repubblica

Anmerkung JB: *Deutschland isoliert sich von Tag zu Tag mehr. Kein Wunder, dass nun Hardliner aus Reihen der schwarz-gelben Koalition eine Sperrminorität für Deutschland im EZB-Rat fordern.*

b. **Jörg Schönenborn – Mario Draghi könnte doch recht haben**
Soll der Euro gerettet werden, indem die EZB immer mehr Staatsanleihen kauft? Das sei ein Weg, der funktionieren könnte, meint Jörg Schönenborn. Möglicherweise seien doch die Deutschen die Geisterfahrer. Am Ende könnte Mario Draghi recht haben und die EZB muss den Euro retten.
Quelle: ARD Tagesthemen

Anmerkung JB: *Auch wenn nicht jedes Wort Schönenborns einer kritischen Überprüfung standhält, ist sein Zweifel an der deutschen Linie doch bemerkenswert und seine Forderung nach einer offenen Debatte begrüßenswert.*

c. **Draghi zückt die Waffen**
Der EZB-Chef will den Krisenstaaten mit mehr Geld helfen. Das ist legitim. Aber es funktioniert nur, wenn die Politik mitzieht.
Details wollte Draghi noch nicht bekannt geben, doch wahrscheinlich wird es so laufen: Wenn sich die Krise verschärft, interveniert die Notenbank gemeinsam mit den Rettungsfonds EFSF und ESM und drückt durch Anleihekäufe das Zinsniveau nach unten. Die Fonds sorgen dafür, dass die Reformauflagen eingehalten werden, die Zentralbank liefert das Geld.
Die konzertierte Aktion soll das Defizit der bisherigen Rettungsarchitektur beheben. Es besteht darin, dass die Zentralbank zwar unendlich viel Geld hat, aber keine Auflagen durchsetzen kann – während die Rettungsfonds Auflagen durchsetzen können, aber über nicht genug Mittel verfügen.
Die Finanzmärkte reagierten zunächst enttäuscht, weil sie mehr erwarteten, aber das tun Märkte immer. Die Parallelaktion kann einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Krise leisten, wenn sowohl die Politik als auch die Zentralbank entschlossen genug vorgehen.
Quelle: Zeit Online

> ***Anmerkung unseres Lesers S.P.:*** *Wenn schon Mark Schieritz nicht versteht, warum „die Märkte die Reformschritte in den Krisenländern beharrlich ignorieren" dann weiß ich auch nicht mehr. Die naheliegende Antwort ist natürlich: weil „die Märkte" zuerst und vor allem Geld verdienen wollen und eine scharfe Austeritätpolitik, wie sie von den Krisenstaaten verlangt wird, hierzu schlicht kontraproduktiv ist. Hinter dem überragenden Motiv eines jeden Marktes, nämlich Geld zu verdienen, tritt selbst die Umsetzung der neoliberalen Agenda zurück. Zwar dürften die Anbieter am Finanzmarkt in der Regel auch neoliberal geprägt sein, aber sie wissen eben, dass in zusammengebrochenen Wirtschaften nichts zu holen ist. Nur unsere ideologisch fixierten „Experten" wollen davon nichts wissen und wundern sich…*

2. **Der demografische Wandel – eine Gefahr für unseren Wohlstand?**
   Ein Interview mit Gerd Bosbach
   Mit der ganzen Diskussion über Demografie und Globalisierung scheinen mir zwei Ziele verfolgt zu werden: Abbau von Arbeitnehmerrechten – inklusive einem vernünftigen Lohn – und verstärkte Privatisierung bei Rente, Gesundheit und Pflege. Auch Letzteres dient dem Arbeitgeber, da die privaten Versicherungen vom Arbeitnehmer alleine bezahlt werden müssen. Und deshalb sind die Ergebnisse der Panik- Kampagnen volkswirtschaftlich auch nicht logisch. Prekär Arbeitende können nicht nennenswert sparen und die privaten Versicherungen sind als Teil des Finanzmarktes alles andere als sicher, zusätzliche Gelder sogar eher eine Gefahr.
   Quelle: Grüne Neustadt [PDF – 120 KB]
3. **„Unsere Demokratie wird von Reichen bestimmt"**
   Reichtum und Macht bestimmen das System. Alexander Görlach sprach mit dem Stanford-Professor James Fishkin darüber, wie wir unsere Demokratie verändern und verbessern können. […]
   The European: Die Volksabstimmung ist also nicht unbedingt im Sinne des Volkes?
   Fishkin: Momentan haben wir eine direkte Demokratie, deren Agenda von den Reichen und Mächtigen bestimmt wird. Mit Geld können Sie Sendezeit im Fernsehen kaufen und die öffentliche Meinung manipulieren. Es mangelt oftmals an kritischen Diskussionen und an Initiativen, die wirklich im Interesse der Öffentlichkeit sind.
   Quelle: The European
4. **Sozialpolitische Chronik**
   - Arbeitslosenversicherung (seit 1969)
   - Rentenversicherung (seit 1978)

- Krankenversicherung (seit 1977)
- Pflegeversicherung (seit 1995)
- Sozialhilfe – HLU (seit 1982)
- Grundsicherung für Arbeitsuchende (seit 2005)

Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen [PDF – 1.1 MB]

Anmerkung WL: *Eine äußerst verdienstvolle Zusammenstellung, sozusagen eine Bilanz des Sozialabbaus der letzten 30 Jahre.*

5. **Thomas Fricke – Auch mal Geld von den Griechen**
   […] Ein entsprechendes konjunkturelles Transfersystem skizzieren in einem bisher unveröffentlichten Artikel die Berliner Ökonomen Kerstin Bernoth vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Philipp Engler von der Freien Universität**. Danach könnte sich jedes Land verpflichten, einen festen Prozentsatz jener Steuereinnahmen in einen Fonds zu zahlen, die – wie die Mehrwertsteuer – besonders stark konjunkturgetrieben sind. Im Gegenzug würde das so gesammelte Geld nur in dem Umfang an die Länder zurückgegeben, wie es den Steuereinnahmen bei normal-durchschnittlicher Konjunktur entspricht, also nach normaler Größengewichtung.
   Der Clou: Per saldo müssten ganz automatisch diejenigen Länder Geld transferieren, bei denen die Konjunktur höhertourig läuft als im Schnitt der Euro-Wirtschaft – und es würden umgekehrt nur die per saldo Transfers bekommen, wo die Konjunktur durch besondere Umstände gerade mieser läuft als bei den anderen.
   So ein Mechanismus hätte den Vorteil, dass das Geld gerade bei den Ländern abgezogen wird, die ordentlich Steuereinnahmen haben, einen solchen Dämpfer konjunkturell gut verkraften können und – vor allem – bei zunehmender Überhitzung sogar brauchen, um Blasen und entsprechende Spannungen im Währungsraum gar nicht aufkommen zu lassen. Und es bekämen automatisch diejenigen Geld, bei denen die Konjunktur dringend Stützung braucht, um schlimmere Abwärtsspiralen zu vermeiden – ohne dass dies den eigenen Staatshaushalt in rezessionsbedingt ohnehin angespannter Lage zusätzlich belastet.
   Quelle: FTD
6. **Allianz verdient am Vermögen**
   Europas größter Versicherungskonzern liefert nach dem Gewinneinbruch im Vorjahr

ein starkes Zahlenwerk für das zweite Quartal ab. Die Allianz schlägt sich überraschend gut – dank dem Geschäft mit der Vermögensverwaltung…
Getragen wurde das Umsatzwachstum und das operative Ergebnis von der Vermögensverwaltung. Der Provisionsüberschuss lag mit 1,5 Milliarden Euro für das zweite Quartal um 15,2 Prozent über dem Ergebnis von 1,3 Milliarden Euro im Vergleichsquartal 2011. Nur die Vermögensverwaltung zeige eine wirklich gute Leistung, kritisierte der Analyst Fabrizio Croce von Kepler Capital Markets. „Alle Versicherungsbereiche sind ziemlich enttäuschend."
Zwar verzeichnete die Allianz auch in der Lebensversicherung deutlich steigende Gewinne, trotzdem bleibt dieses Kerngeschäftsfeld der Allianz ein Sorgenkind: Die Beitragseinnahmen in der Lebens- und Krankenversicherung gingen leicht zurück und lagen bei 12,9 Milliarden Euro nach 13 Milliarden Euro im Vorjahresquartal.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung WL: *Interessant ist die Auflistung der zehn größten Versicherungskonzerne.*

7. **Ende eines deutschen (Rendite-)Traums**
Einst galt die Lebensversicherung als der Deutschen liebstes Anlageprodukt. Doch nicht zuletzt dank der EZB sind die goldenen Zeiten vorbei. Wer heute sein Leben versichert, sollte bescheiden sein – und einiges beachten.
Mario Draghi ist kein Freund der Versicherer. Der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) ist zu großzügig. Um die Schuldenkrise in Europa zu lindern, will er künftig verstärkt Anleihen aus den kriselnden Südländern kaufen; außerdem hält er den Leitzins niedrig – und drückt damit das Zinsniveau. Dass sich so bald daran etwas ändern wird, glaubt niemand. Die Zeit des billigen Geldes ist noch lange nicht vorbei.
Für die Versicherer ist das ein großes Problem. Denn alte Renditeversprechungen an ihre Lebensversicherungskunden, drei oder gar vier Prozent, werden so immer schwieriger zu erfüllen, weil sichere Anlageprodukte, in die die Konzerne das Geld ihrer Kunden investieren, nur noch wenig abwerfen. Zehnjährige deutsche Staatsanleihen etwa, die Versicherungskonzerne in den vergangenen Jahrzehnten nur allzu gerne gekauft haben, bringen gerade einmal um die 1,3 Prozent Rendite.
Die Versicherer haben deshalb in den vergangenen Jahren ihre Renditeversprechungen, den sogenannten Garantiezins, anpassen müssen; sie sind weniger großzügig als noch vor Jahren… Während die Versprechen an die alten Kunden sehr großzügig und damit nicht mehr so leicht zu erfüllen sind, finden Neukunden die aktuellen Angebote schlicht unattraktiv. Der Ruf der Kapitallebensversicherung, ein sicheres und gleichermaßen lukratives Anlageprodukt

zu sein, hat gelitten…
Für Abschluss und Verwaltung gehen bei Direktversicherern gehen gut vier bis sechs Prozent der Beiträge dafür drauf, bei vertriebsstarken Gesellschaften acht bis zehn Prozent. Die teuersten Gesellschaften verlangen laut Morgen & Morgen sogar bis zu 15 Prozent.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung WL: *Allianz-Vorstandsmitglied Alf Neumann:*

> Für die Garantien rechnen wir mit einer mittleren Lebenserwartung von 102 Jahren. Das enthält die künftige Verbesserung der Lebenserwartung, die höhere Lebenserwartung der Versicherten und die Sicherheitspuffer, um die Garantien sicher erfüllen zu können.

Wir wünschen allen Versicherten ein langes Leben!

8. **Daron Acemoglu über den Euro, ineffiziente Staaten und die Fehler der deutschen Politik**
Der im Jahre 1967 in Istanbul geborene Daron Acemoglu zählt zu den namhaftesten Ökonomen seiner Generation. In der Rangliste der meist zitierten Ökonomen der Welt liegt er auf Platz 7. Acemoglu, der seit 1993 am Massachusetts Institute of Technology (MIT) lehrt, arbeitet unter anderem auf dem Gebiet der Institutionenökonomik. Vor wenigen Monaten hat er mit seinem Harvard-Kollegen James Robinson das in diesem Blog ausführlich rezensierte Buch "Why Nations Fail" veröffentlicht. Seine Hauptthese lautet, dass vor allem die politischen Institutionen eines Landes über seinen langfristigen wirtschaftlichen Erfolg entscheiden. Acemoglu und Robinson unterscheiden zwischen zwei Formen von Institutionen, die sie als „extractive" (im Sinne von: ausbeuterisch) und als „inclusive" (im Sinne von: die gesamte Gesellschaft umfassend) bezeichnen. „Extractive" beschreibt alle Herrschaftsformen, in denen sich eine kleine Zahl von Menschen über die Ausübung von politischer und wirtschaftlicher Macht zulasten der Masse der Menschen bereichern. In solchen Regimen besitzen die meisten Menschen keine Anreize, sich wirtschaftlich zu engagieren. „Inclusive" beschreibt eine funktionierende Demokratie als Voraussetzung für dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand.
Quelle: FAZ Wirtschaftsblog

Anmerkung Orlando Pascheit: *Daron Acemoglu macht deutlich, wie wichtig für die*

Beteiligung an Projekten wie der Währungsunion, aber auch darüber hinaus nicht nur die nominalen Kriterien von Maastricht oder realwirtschaftliche wie Produktivität, Handelsbilanzen usw. heranzuziehen sind, sondern auch das Ungleichgewicht verschiedener politischen Systeme in den Mitgliedsländern zu berücksichtigen ist: "besonders die Tatsache, dass es in manchen Ländern Korruption und kleine Gruppen mächtiger Politiker gibt, die nicht im Interesse der breiten Bevölkerung handeln. Das gilt nicht nur für Griechenland. Indem man diese Länder und ihre Politiker in Europa integriert hat, gab man diesen Politikern mehr Macht." Vor diesem Hintergrund kann man eigentlich in Osteuropa von nicht einem Erfolg sprechen, wie Acemoglu ausführt: "Osteuropa ist ein Beispiel, wie hilfreich Einfluss von außen sein kann. Wenn Länder wie Polen, Tschechien, die Slowakei oder die baltischen Staaten wirtschaftliche Fortschritte erzielt haben, dann liegt das zu einem erheblichen Teil daran, dass die Europäische Union ihnen die geeigneten Karotten vor die Nase gehalten hat. So besaßen die Menschen in diesen Ländern Anreize, um gute politische Institutionen zu schaffen. Das hat funktioniert. Vergleichen Sie nur diese Länder mit anderen ehemaligen Republiken der Sowjetunion." Um Klientelwirtschaft in Osteuropa zu entdecken, braucht man nicht nach Rumänien oder Ungarn zu schauen, der jüngste Skandal um die Mittel der europäischen Strukturfonds trug sich der Tschechischen Republik zu. Es genügt eben nicht ein Rechtssystem schriftlich zu fixieren, es muss gelebt werden. Für Griechenland kann man angesichts der erneuerten Herrschaft der Alt-Parteien nach der Logik Acemoglus nur schwarz sehen.

9. **EZB-Chef: Ombudsmann prüft Draghis Lobby-Mitgliedschaft**
   Schon beim Amtsantritt gab es Diskussionen über seine Vergangenheit bei der US-Investmentbank Goldman Sachs – nun hat Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank, Probleme mit dem EU-Ombudsmann. Es geht um die Mitgliedschaft in einer einflussreichen Bankenlobby-Organisation. Das internationale Bankenseminar der Group of Thirty (G30) findet jedes Jahr zeitgleich mit dem Herbsttreffen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank statt und ist nur für ausgewählte Besucher zugänglich. Hinter der G30 verbirgt sich ein Zusammenschluss führender Banker und Ökonomen, die nach eigenen Angaben Einfluss auf die Entscheidungen im Finanzsektor nehmen wollen. Prominente Mitglieder sind unter anderem hochrangige Vertreter von Goldman Sachs, Morgan Stanley und JPMorgan Chase International sowie ehemalige und amtierende Zentralbankchefs. Axel Weber, Ex-Präsident der Deutschen Bundesbank, gehört ebenfalls zu der einflussreichen Runde.
   Seit vielen Jahren ist auch Mario Draghi Mitglied der G30. Daran änderte sich auch nichts, als Draghi im vergangenen Jahr zum Chef der Europäischen Zentralbank aufstieg. Die G30 kommentierte seinen Karrieresprung sogar euphorisch in einer

Mitteilung: Draghi gehöre zu jenen Mitgliedern des Clubs, die eine noch herausforderndere Position in der Weltwirtschaft angenommen hätten. Doch die umjubelte Doppelrolle bringt dem Italiener nun Probleme ein: Der EU-Ombudsmann Nikiforos Diamandouros hat Ermittlungen gegen Draghi aufgenommen und der Zentralbank einen verbindlichen Fragenkatalog zugeschickt. Bis zum 31. Oktober soll die EZB mitteilen, wie sie Draghis Rolle in der G30 bewertet und ob sie in seiner Mitgliedschaft einen Interessenkonflikt sieht.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Orlando Pascheit: *Leider hat auch der Spiegel versucht, den G30 den Anschein eines konspirativen Zirkels zu zuweisen. So sehr die NDS es begrüßen auf solche Zusammenhänge hinzuweisen, die Befürchtung des Beschwerdeführerers Kenneth Haar vom Europe Observatory, dass "Draghi als Mitglied der Group of Thirty seine Ansichten mit großen Investmentbanken abstimmt" ist sicherlich übertrieben. Dazu ist der Klub mit Paul Krugman oder Paul A.Volker doch zu unterschiedlich besetzt. Letzterer berät den US-Präsidenten in der bei der Wall Street sehr unbeliebten Finanzmarktreform. Siehe z.B. die Volcker-Regel, nach der Finanzinstitute keine riskanten Positionen zu Spekulationsgeschäften auf eigene Rechnung eingehen dürfen und den "Dodd/Frank Act eingearbeitet wurde. William C. Dudley (Goldman Sachs) dürfte wohl keine Position von Krugman oder Volcker teilen. Die NDS haben bereits auf einen Artikel von Paul Krugman hingewiesen, der konspirative Zusammenhänge als "bizarre" zurückweist. – Jenseits aller Verschwörungsthesen ist die Übergang von Wissenschaftlern in die Wirtschaft und dann in die Politik und hier gar in Regulierungsfunktionen allerdings ein Unding. Die Politik und ihre Stäbe haben wohl zurzeit nicht die Kompetenz, um der Finanzwirtschaft angemessen gegenüber zu treten und sollten hier schleunigst aufholen. Es musste ein Herr Ackermann kommen, um unsere Regierung auf die HRE-Krise hinzuweisen, und er durfte seine Lösung als alternativlos verkaufen. Leider werden wir wohl nie erfahren, ob nicht es nicht besser gewesen wäre, die HRE in die Pleite gehen zu lassen. Solange der Finanzwirtschaft nicht die Zockerinstrumente aus den Händen geschlagen werden bzw. die Zockerei auf das normale Anlagen -und Bankgeschäft zurückgreifen kann, sollten die Regierungen dafür sorgen, dass die Arbeit in den Regulierungsbehörden von unabhängigen und gut bezahlten Fachleuten getan wird. Eine Orientierung an den Einkommen der europäischen Spitzenbeamten könnte vielleicht Anreize setzen, sich für solche Karrieren zu interessieren. Auf der anderen Seite ist es nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen unhaltbar, dass im Jahr 2011 der heutige Deutsche-Bank-Chef Anshu Jain 9,77 Mio. Euro verdiente – nicht das 10fache, nicht das 100fache sondern das 300fache eines durchschnittlichen Einkommensbeziehers in Deutschland. Kein*

Wunder, wenn sich viele clevere und intelligente junge Köpfe immer noch für die Finanzindustrie entscheiden. Wir regen uns über die Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse auf, sollten uns aber auch darauf konzentrieren, dass viele Gehälter nicht nur in der Finanzwirtschaft in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen und damit die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, ja auf unserem Globus speisen.

10. **"Umfairteilen – Reichtum besteuern!" – Neues Aktionsbündnis fordert Reichensteuer**
    Erneuter Vorstoß für die umstrittene "Reichensteuer": Ein Bündnis aus NGOs, Gewerkschaften und Sozialverbänden macht sich für eine Vermögensabgabe und eine höhere Besteuerung von Reichtum stark. Unter dem Motto "Umfairteilen – Reichtum besteuern!" rufen sie zu einem Aktionstag auf.
    Quelle: Süddeutsche Zeitung
11. **Bündnis Umfairteilen: Zivilgesellschaft fordert stärkere Besteuerung von Reichtum und ruft zu bundesweitem Aktionstag am 29. September auf**
    Eine stärkere Besteuerung großer Vermögen zur Finanzierung des Sozialstaats und notwendiger Reformen fordert das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!", das heute von Attac, ver.di und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Berlin vorgestellt wurde. Erstmalig manifestiert sich damit eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine
    Politik der sozial gerechten Umverteilung in Deutschland. Das Bündnis, dem sich neben Attac, Gewerkschaften und Sozialverbänden auch Migrantenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen, die Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe, die NaturFreunde sowie weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen angeschlossen haben, warnt vor Kahlschlagkürzungen zu Lasten des Gemeinwesens und ruft zu einem bundesweiten Aktionstag am 29. September 2012 auf.
    Quelle: presseportal
12. **Goldman Sachs to invest $9.6m in New York inmate rehabilitation**
    Mayor Michael Bloomberg to use Rikers Island as testing ground for private firms to help stop recidivism – and make a profit
    Quelle: The Guardian

    Anmerkung JB: *Ein einer gerechteren Welt würden die Investmentbanker von Goldman Sachs die Gefängnisse nicht betreiben, sondern in ihnen einsitzen.*

13. **Eine Umfrage – und was daraus wird…**
Als ich am Sonntag die Schlagzeilen auf den Online-Seiten deutscher Zeitungen las, war ich ein bisschen verwundert. „Deutsche glauben nicht mehr an den Euro“ oder „Deutsche zweifeln am Euro“ hießen die Überschriften. Als Quelle wurde die „Bild am Sonntag“ genannt. Dort war die Überschrift übrigens sehr sachlich und die Meldung dazu hatte einen ganz anderen Inhalt. Laut einer Emnid-Umfrage glauben 51 Prozent der Bundesbürger, dass es „Deutschland ohne die Gemeinschaftswährung besser gehen würde“. Das ist natürlich etwas völlig anderes als das, was über die Verbreitung durch die Nachrichtenagenturen daraus in anderen Blättern geworden ist.
Quelle: blog.tagesschau.de
14. **Ich habe heute leider kein AAA für dich**
Werner Rügemer analysiert in seinem Buch die neuen Player im Finanzsystem. Nach der Lektüre ist man einigermaßen verdutzt über die Dreistigkeit von Ratingagenturen. […]
Rügemer skizziert in seinem Buch die historische Genese und er zeigt, teilweise verwirrend detailliert, wer hinter den Agenturen steckt, die eine Krise mit Millionen von Arbeitslosen mit verursacht haben. Es sind die gleichen Player, deren ökonomische Potenz von den Agenturen testiert werden soll: Hedgefonds, denen wiederum die Banken gehören und gegenüber denen die Deutsche Bank wie ein Zwerg anmutet.
Erstaunlich ist auch, dass die Bewerteten selbst für die Bewertung zahlen. Rügemer zieht in einem Interview das Bild eines Fußballspiels heran, bei dem die Mannschaften jeweils ihre eigenen Schiedsrichter mitbringen. Nach seiner Überzeugung sind die Agenturen „der verlängerte Arm ihrer Eigentümer“ und keineswegs unabhängig. Er belegt seine These zumeist schlüssig mit öffentlich zugänglichem Material.
Quelle: taz
15. **Das Allerletzte: Henryk M. Broder: Nordeuropa arbeitet – und muss für den Süden zahlen**
Südeuropas Kaffeehauskultur ist lustiger als die Disziplin des Nordens. Doch mit dem Versuch, die Lebensverhältnisse in Europa zu homogenisieren, wird die Rechnung an den Norden weitergereicht. […]
Da heißt es, die verbleibende Zeit bis zum Showdown klug zu nutzen. Man könnte zum Beispiel darüber nachdenken, woran der Wohlfahrtstaat zugrunde gegangen ist. Wie wäre es damit: An dem Versuch, ihn in einen Einwanderungsstaat zu überführen, also Wohlfahrt und Wohlstand für alle zu garantieren, unabhängig von Herkunft, Leistung und Mentalität. […]
In Europa ist es genau umgekehrt. Der Einwanderer macht sich zuerst einmal mit der Wundertüte des Sozialstaates vertraut. Er wird maximal gefördert und nur minimal

gefordert. Allein, dass ihm abverlangt wird, Deutsch zu lernen, wird schon als "Zwangsgermanisierung" kritisiert. […]
Volkshochschulen bieten inzwischen kostenlose Kurse an, wie man im Dschungel des Sozialstaates am besten zurechtkommt: "Hartz IV und andere Ansprüche auf Unterstützung/ Welche möglichen sozialrechtlichen Ansprüche gibt es, und wie können diese geltend gemacht und durchgesetzt werden?"
Angesichts all dieser Aktionsangebote aus dem Supermarkt des Wohlfahrtstaates kann der Einwanderer gar nicht anders, als den Eindruck gewinnen, dass in dieser Gesellschaft das Geld auf den Bäumen wächst und dass man sich nur ein wenig recken und strecken muss, um es zu pflücken.
Quelle: WELT

Anmerkung JB: *Henryk M. Broder übertrifft sich mit diesem schamlosen Hetzartikel einmal wieder selbst. Er unternimmt noch nicht einmal den Versuch, einen wie auch immer gearteten kausalen Zusammenhang zwischen seiner leider bereits bekannten Hetze gegen Ausländer und sozial Schwache und der Eurokrise zu konstruieren. Er wirft einfach seine ekelhaften rechtsradikalen Sprüche auf untersten Stürmer-Niveau in den Raum und macht Migranten und Hartz-IV-Empfänger nun auch für die Eurokrise verantwortlich. Wie sehr die rechte Saat, die Rattenfänger wie Broder streuen, bereits gärt, zeigen die Leserkommentare zu diesem Artikel.*